

Das Preiskomitee verbindet mit der Vergabe des Nobelpreises an die Vertreter Osttimors die Hoffnung auf eine gerechte und friedliche Lösung des Konfliktes. Doch außer taktischen Spielchen, Diffamierung und Hetzkampagnen hat die indonesische Regierung bislang nichts angeboten. Suharto steht bei der Lösung des Osttimor-Konfliktes mit leeren Händen da. Statt jetzt unmißverständlich auf Gesprächsbereitschaft zu drängen, hat es den Anschein, als ob sich wieder die alte Realpolitik mit ihrer kompromißlosen Abwägung von Interessen durchsetzt. Ob Vatikan, Deutschland oder andere Staaten auf dieser Welt, im Prinzip ist man sich natürlich darüber einig, daß die Annexion völkerrechtswidrig ist und die Menschen in Osttimor unter massiver Verletzung ihrer grundlegenden Rechte leiden. Das bisherige Engagement der Bundesregierung in Sachen Osttimor hat offensichtlich in Jakarta vielmehr den Eindruck aufkommen lassen, einen zuverlässigen Partner zu haben. Ali Alatas verkündete dann auch offen die Erwartung seiner Regierung: Für die Position, daß die Unabhängigkeit Osttimors nur von einer Minderheit gefordert werde, braucht Indonesien bei befreundeten Ländern wie

Deutschland nicht unbedingt Unterstützung, aber doch Verständnis.

Verständnis zeigte die indonesische Seite wiederum dafür, daß Helmut Kohl bei seinem Besuch in Indonesien das Thema Osttimor und Menschenrechte ansprechen mußte, um gewisse Interessengruppe in Deutschland zufriedenzustellen. Schon im Vorfeld ließen die Indonesier verlauten, daß sie sich darauf eingestellt haben und auch die Presse darüber berichten wird. Immer wieder verweist die Bundesregierung darauf, daß sie mit Indonesien in Sachen Menschenrechte einen kritischen Dialog führt. Doch um Druck auf menschenrechtsverletzende Staaten wie Indonesien auszuüben, braucht es mehr als stille Diplomatie. Seit Jahren warten die Menschen dort, und die kritische Öffentlichkeit hier, auf die Früchte dieses Dialoges. Wenn Menschenrechte oder das Thema Osttimor nur in Erfüllung einer lästigen Pflicht angesprochen werden, womöglich noch um einer kritischen Öffentlichkeit zuhause genüge zu tun, dann kann man dies noch nicht eine aktive Menschenrechtspolitik nennen.

Bischof Belo und die Menschen in Osttimor brauchen mehr als Glückwünsche zum Friedensnobelpreis und ein

geradezu schon rituelles Ansprechen der Menschenrechte bei Staatsbesuchen: sie brauchen politisches Engagement, das auf eine einvernehmliche Lösung des Konfliktes drängt. Dazu bedarf es klarer und unmißverständlicher Signale in Richtung Jakarta, Signale die die Botschaft tragen: Wir halten eine Lösung des Osttimor-Konfliktes für oberstes Gebot. Die Kundgebung in Dili ist absolut friedlich verlaufen, es sind nicht die kleinsten Zwischenfälle gemeldet worden. Damit haben die OsttimoresInnen auch noch einmal ganz klar unterstrichen, daß sie einen gewaltfreien Weg beschreiten wollen. Damit am Ende dieses Weges eine gerechte und friedliche Lösung des Osttimor-Konfliktes steht, braucht Bischof Belo und alle, die diese Arbeit in Osttimor tragen, unsere ganze Unterstützung.

Monika Schlicher

Die Verfasserin ist Lehrbeauftragte und Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft / Südasiens-Institut der Universität Heidelberg. Außerdem ist sie Mitglied im Vorstand des Trägervereins.

OSTTIMOR

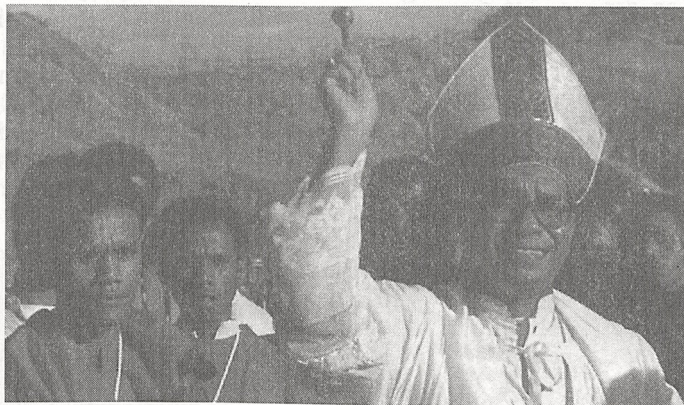
NACHRICHTEN

Portugiesische Petition an die KSZE

Portugiesische Politiker und Intellektuelle haben sich mit einer Petition an die Mitglieder der KSZE gewandt, die zum Gipfeltreffen nach Portugal gekommen sind. Die Petition, die in der portugiesischen Presse am 1. Dezember abgedruckt wurde, ist u.a. unterzeichnet von den früheren Präsidenten, Mario Soares und Antonio Ramalho Eanes sowie den früheren Außenministern Manuel Durao Barroso und Jose Medeiros Ferreira.

Sie fordern die Mitglieder der KSZE dazu auf, die folgenden 3 Maßnahmen ernsthaft und dringlich zu vertreten und umzusetzen: 1. Die Freilassung aller politischen osttimoresischen Gefangenen 2. Keine Waffen mehr an Indonesien zu liefern 3. Sich für einen ständigen UN-Repräsentanten in Osttimor einzusetzen.

vgl: AFP, 2.12.1996



Das Zentrum des Sturms: Osttimors Bischof Belo

"Abmahnung" der EU durch Indonesien

Indonesien drängt die EU, sich nicht in Osttimor einzumischen. In einem Schreiben an den irischen Außenminister Dick Spring (Irland hat zur Zeit den EU-Vorsitz) warnte der indonesische Botschafter die EU vor schwerwiegenden Konsequenzen. Auf dem EU-Außenministertreffen in Brüssel hatte Portugal angeregt, Entwicklungshilfe direkt an Osttimor zu geben. Konkret sollen Projekte zur Trinkwas-

serverversorgung und zur Förderung und Bewahrung der timoresischen Kultur in den Schulen finanziert werden. Botschafter Poedji Koentarso schreibt weiterhin, daß das Eintreten der Europäischen Union für direkte Projekte den Osttimor-Konflikt verschärft und darüber hinaus die Gespräche zwischen Portugal und Indonesien unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen gefährde. Diese Einmischung von außen dient lediglich dem Interesse Portugals.

vgl: rtr, Straitstimes, 27.11.1996

Einreiseverbot für ausländische Journalisten

Die indonesischen Behörden haben 20 in Jakarta ansässigen ausländischen Journalisten die Erlaubnis zum Besuch Osttimors widerrufen. Angaben über die Gründe wurden nicht gemacht. Die Journalisten wollten vom 22.-26. November nach Osttimor reisen, um dort an der feierlichen Einweihung der umstrittenen riesigen Jesus-Statue durch den diesjährigen Friedensnobelpreisträger Bischof Belo teilzunehmen.

vgl: Lusa, 22.11.1996